



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 16.12.2024
C(2024) 9107 final

Herr José Manuel Albares Bueno
Minister für auswärtige Angelegenheiten,
Europäische Union und Zusammenarbeit
Ministerium für auswärtige
Angelegenheiten, Europäische Union und
Zusammenarbeit
Sede Marqués de Salamanca
Plaza del Marqués de Salamanca, 8.
28006 Madrid
Spanien

Betreff: Notifizierung 2024/531/ES

Entwurf eines Organgesetzes zum Schutz von Minderjährigen in digitalen Umgebungen

Abgabe einer ausführlichen Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015

Sehr geehrter Herr Minister,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 ⁽¹⁾, notifizierten die spanischen Behörden der Kommission am 29. September 2024 den Entwurf „*Vorentwurf eines Organgesetzes zum Schutz von Minderjährigen in digitalen Umfeldern*“ (im Folgenden „notifizierter Entwurf“).

Der Notifizierungsmitteilung zufolge sollen mit dem notifizierten Entwurf Maßnahmen festgelegt werden, um den Schutz von Minderjährigen in digitalen Umgebungen zu gewährleisten. In der Notifizierungsmitteilung wird ferner erläutert, dass das letztendliche Ziel des notifizierten Entwurfs darin besteht, die Risiken zu mindern, die die Nutzung digitaler Medien möglicherweise für die Gesundheit, Sicherheit und Privatsphäre von Minderjährigen mit sich bringt.

In Bezug auf den notifizierten Entwurf richtete die Kommission am 7. und 21. Oktober 2024 an die spanischen Behörden Ersuchen um zusätzliche Informationen, um

¹) Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

Klarstellungen zu den Maßnahmen des notifizierten Entwurfs zu erhalten. Die Antworten der spanischen Behörden vom 18. und 25. Oktober 2024 werden bei der folgenden Bewertung berücksichtigt.

Die Kommission teilt zwar das Ziel des notifizierten Entwurfs, Minderjährige online zu schützen, hat jedoch die Prüfung der einschlägigen Bestimmungen dieses Entwurfs dazu geführt, dass sie die folgende ausführliche Stellungnahme und Anmerkungen abgegeben hat.

1. Ausführliche Stellungnahme

1.1. Bewertung im Lichte der Richtlinie 2000/31/EG

a) Anwendbarkeit der Richtlinie 2000/31/EG

Bestimmte Bestimmungen des notifizierten Entwurfs, insbesondere Artikel 5, fallen in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2000/31/EG (Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr) ⁽²⁾. Artikel 5 des notifizierten Entwurfs enthält ein Verbot des Zugangs oder der Aktivierung bestimmter Zufallsbelohnungsmechanismen durch Minderjährige, die von Diensteanbietern angeboten werden. In Artikel 5 Absatz 2 wird klargestellt, dass das Angebot dieser Zufallsbelohnungsmechanismen nur erfolgen kann, wenn der Anbieter Systeme zur Altersüberprüfung von Nutzern eingerichtet hat, die den Zugang zu oder die Aktivierung dieser Mechanismen durch Minderjährige verhindern.

Erstens, in Bezug auf den persönlichen Anwendungsbereich des notifizierten Entwurfs: Die Verpflichtung nach Artikel 5 dieses Entwurfs gilt für die Diensteanbieter, die den Verbrauchern in Spanien die Vergütungsmechanismen zur Verfügung stellen. Wie die spanischen Behörden in ihrer Antwort auf die Ersuchen um Zusatzinformationen erklärten, können Anbieter, die der Verpflichtung nach Artikel 5 des notifizierten Entwurfs unterliegen, auch Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535 und damit auch im Sinne der Artikel 1 und 2 der Richtlinie 2000/31/EG umfassen, sofern sie die darin festgelegten Bedingungen erfüllen ⁽³⁾. Der persönliche Anwendungsbereich von Artikel 5 des notifizierten Entwurfs überschneidet sich somit bis zu einem gewissen Grad mit dem der Richtlinie 2000/31/EG.

Zweitens, in Bezug auf den sachlichen Anwendungsbereich: Artikel 5 des notifizierten Entwurfs legt Anforderungen an die Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft fest, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang Minderjähriger zu Inhalten zu verhindern, die für sie als schädlich gelten.

Nach dieser Bestimmung dürfen Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft den Verbrauchern nur dann Zufallsbelohnungsmechanismen anbieten, wenn sie ein Altersüberprüfungssystem eingerichtet haben und betreiben, um zu verhindern, dass Minderjährige auf diese Mechanismen zugreifen oder sie aktivieren. Diese Bestimmung legt ferner fest, dass das von den Anbietern eingerichtete Altersüberprüfungssystem die Sicherheit, den Schutz der Privatsphäre und den Schutz von Daten, insbesondere im

²⁾ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1-16.

³⁾ Insbesondere „jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung“.

Hinblick auf die Datenminimierung und die Zweckbindung, gewährleisten muss, ohne dass diese Bestimmung eine spezifische technologische Option für dieses System vorschreibt.

Gemäß Artikel 2 Buchstaben h und i der Richtlinie 2000/31/EG betrifft der koordinierte Bereich Anforderungen, die der Diensteanbieter in Bezug auf *unter anderem* die Ausübung der Tätigkeit eines Dienstes der Informationsgesellschaft erfüllen muss, wie z. B. Anforderungen an das Verhalten des Diensteanbieters. Die in Artikel 5 des notifizierten Entwurfs festgelegten Verpflichtungen, soweit sie Diensteanbieter der Informationsgesellschaft, die bestimmte Zufallsbelohnungsmechanismen anbieten, verpflichten, ein Altersüberprüfungssystem einzurichten, fallen daher in den koordinierten Bereich der Richtlinie 2000/31/EG und wurden daher im Lichte der genannten Richtlinie analysiert.

b) Artikel 3 Absätze 1, 2 und 4 der Richtlinie 2000/31/EG

Die Kommission stellt fest, dass die Bestimmungen des notifizierten Entwurfs unter anderem für Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft gelten, die ihre Dienste Kunden in Spanien anbieten, unabhängig davon, in welchem Mitgliedstaat diese Anbieter niedergelassen sind. Dieser Aspekt wurde von den spanischen Behörden in ihrer Antwort auf die Ersuchen um Zusatzinformationen bestätigt, die von den Kommissionsdienststellen gesendet wurden. Den spanischen Behörden zufolge ist es unmöglich, von vornherein die spezifischen Anbieter mit Sitz in anderen Mitgliedstaaten als Spanien zu ermitteln, die Artikel 5 des notifizierten Entwurfs unterliegen werden, da diese Bestimmung für solche Anbieter gelten wird, wenn sie Kunden in Spanien einen Zufallsbelohnungsmechanismus zur Verfügung stellen.

In ihren Antworten auf die Ersuchen um Zusatzinformationen, die von den Kommissionsdienststellen übermittelt wurden, bekunden die spanischen Behörden ihre Absicht, den notifizierten Entwurf gegenüber Dienstleistern mit Sitz außerhalb Spaniens durchzusetzen, wenn das Angebot dieser Dienstleister die Einrichtung eines Altersüberprüfungssystems gemäß Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe b der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr erfordert. Die Kommission stellt fest, dass diese Absicht nicht im Text des der Kommission notifizierten Entwurfs zum Ausdruck kommt. Im Gegenteil, der notifizierte Entwurf führt Maßnahmen von allgemeiner und abstrakter Anwendung auf Dienstleistungserbringer, unabhängig von ihrem Niederlassungsort ⁽⁴⁾ ein, anstelle einer gezielten Maßnahme gegen einen bestimmten Diensteanbieter, die die Mitgliedstaaten nach den in Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG vorgeschriebenen Verfahren melden können.

In diesem Zusammenhang erinnert die Kommission daran, dass in Artikel 3 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2000/31/EG das „Herkunftslandprinzip“ festgelegt ist, wonach Dienste der Informationsgesellschaft nur an der Quelle ihrer Tätigkeit reguliert werden dürfen. Die Anbieter solcher Dienstleistungen unterliegen daher in der Regel dem Recht des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen sind.

In Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG sind die Umstände und Verfahren festgelegt, unter denen ein Bestimmungsmitgliedstaat, d. h. der Mitgliedstaat, in dem Dienste der Informationsgesellschaft von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Anbieter erbracht werden, erforderlichenfalls vom

⁴ () Vgl. Rechtssache C-376/22, ECLI:EU:C:2023:835, vom 9. November 2023. Insbesondere die Absätze 59 und 60.

Herkunftslandprinzip abweichen kann — aus den in Artikel 3 Absatz 4 Buchstabe a der Richtlinie abschließend aufgeführten Gründen und im Einklang mit den materiell- und verfahrensrechtlichen Anforderungen des Artikels 3 Absatz 4 Buchstaben a und b der Richtlinie. Die Kommission weist die spanischen Behörden auf die jüngste Rechtsprechung des Gerichtshofs in dieser Hinsicht hin, in der auf die Grenzen der Berufung auf Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG zu diesem Zweck hingewiesen wird. Nach dieser Rechtsprechung können Maßnahmen mit allgemeiner und abstrakter Geltung, die nicht auf einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft beschränkt sind, wie sie in Artikel 5 des notifizierten Entwurfs vorgeschrieben sind, nicht von der in Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG vorgesehenen Ausnahme profitieren.⁽⁵⁾

Der notifizierte Entwurf stellt in der bei der Kommission notifizierten Form eine solche Maßnahme mit allgemeiner und abstrakter Geltung dar, die unterschiedslos für in- und ausländische Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft in Spanien gilt. Auf der Grundlage der Kommission vorliegenden Informationen ist es in jedem Fall nicht möglich zu überprüfen, ob und wie die spanischen Behörden sicherstellen wollen, dass sowohl die materiellen als auch die verfahrensrechtlichen Anforderungen gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31/EG erfüllt sind oder erfüllt werden könnten. In diesem Zusammenhang erinnert die Kommission daran, dass diese Bestimmung nicht nur vorschreibt, dass eine restriktive Maßnahme auf einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft beschränkt sein muss, eines der in dieser Bestimmung festgelegten Ziele verfolgt und dies in verhältnismäßiger Weise tut (die materiellen Anforderungen), sondern dass sie auch den Bestimmungsmitgliedstaat verpflichtet, den Niederlassungsmitgliedstaat des Anbieters, für den die Maßnahme erlassen wird, aufzufordern, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, und, wenn dieser Mitgliedstaat keine Maßnahme ergreift oder die von ihm ergriffene Maßnahme unzureichend ist, diesen Mitgliedstaat sowie die Kommission über die Maßnahme zu unterrichten, die er zu erlassen beabsichtigt (die Verfahrensanforderungen).

Die Kommission erinnert ferner daran, dass Videoplattformdienste als Unterkategorie von Diensten der Informationsgesellschaft auch in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2010/13/EU (AVMD-Richtlinie) fallen. In Artikel 28a Absatz 5 heißt es: für die Zwecke der AVMD-Richtlinie gelten Artikel 3 und die Artikel 12 bis 15 der Richtlinie 2000/31/EG für Video-Sharing-Plattform-Anbieter, die gemäß Absatz 2 dieses Artikels als im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats niedergelassen gelten.

Aus den oben dargelegten Gründen gibt die Kommission hiermit eine ausführliche Stellungnahme gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ab.

Die Kommission erinnert die spanischen Behörden daran, dass gemäß diesem Artikel der Mitgliedstaat, der den Entwurf einer technischen Vorschrift erstellt hat, bei Abgabe einer

⁵() Urteil des Gerichtshofs vom 9. November 2023, C-376/22, ECLI:EU:C:2023:835, Rn. 59 und 60: „59 Eine solche Auslegung hat im Gegenteil zur Folge, dass die Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht ermächtigt sind, solche Maßnahmen zu ergreifen, so dass sich die Prüfung erübrigt, ob diese Maßnahmen erforderlich sind, um zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerecht zu werden. 60. Nach alledem ist auf die erste Frage zu antworten, dass Artikel 3 Absatz 4 der Richtlinie 2000/31 dahin auszulegen ist, dass generell-abstrakte Maßnahmen, die sich auf eine allgemein umschriebene Kategorie bestimmter Dienste der Informationsgesellschaft beziehen und unterschiedslos für alle Anbieter dieser Kategorie von Diensten gelten, nicht unter den Begriff „Maßnahmen ... betreffen[d] einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft“ im Sinne dieser Bestimmung fallen.“ Siehe auch Urteil vom 30. Mai 2024 in den gemeinsamen Rechtssachen *Airbnb Ireland UC und Amazon Services Europe Sàrl gegen Autorità per le Garanzie nelle Comunicazioni* C-662/22 und C-667/22, EU:C:2024:432, Rn. 70.

ausführlichen Stellungnahme verpflichtet ist, die Annahme des Entwurfs auf ein Datum 4 Monate nach seiner Notifizierung zu verschieben. Diese Frist endet daher am 23. Januar 2025.

Darüber hinaus weist die Kommission die spanischen Behörden darauf hin, dass nach dieser Bestimmung der Mitgliedstaat, an den eine ausführliche Stellungnahme gerichtet ist, verpflichtet ist, die Kommission über die Maßnahmen zu unterrichten, die er zu einer solchen Stellungnahme zu treffen gedenkt.

Wenn die spanischen Behörden den in der Richtlinie (EU) 2015/1535 festgelegten Verpflichtungen nicht nachkommen oder wenn der Wortlaut des zu prüfenden Entwurfs der technischen Verordnung ohne Berücksichtigung der erhobenen Einwände angenommen wird oder anderweitig gegen EU-Recht verstößt, behält sich die Kommission das Recht vor, gemäß Artikel 258 AEUV Klage gegen Spanien einzuleiten.

3. Bemerkungen

3.1 Gesetz über digitale Dienste

Verordnung (EU) 2022/2065 (Gesetz über digitale Dienste, im Folgenden „GdD“) ⁽⁶⁾ soll zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts für Vermittlungsdienste beitragen, indem vollständig harmonisierte Vorschriften für ein sicheres, berechenbares und zuverlässiges Online-Umfeld festgelegt werden. Insbesondere wird ein vollständig harmonisierter Rechtsrahmen für die Rechenschaftspflicht und die Verantwortlichkeiten der Anbieter von Vermittlungsdiensten in Bezug auf ihre Verpflichtungen zur Bekämpfung illegaler und schädlicher Inhalte in ihren Diensten geschaffen.

Die Kommission erinnert ferner daran, dass der Schutz von Minderjährigen, einer besonders gefährdeten Kategorie von Empfängern von Online-Vermittlungsdiensten, ein wesentlicher Aspekt des Gesetzes über digitale Dienste ist. Das Gesetz über digitale Dienste enthält eine Bestimmung zum Schutz von Minderjährigen im Internet (Artikel 28), die für alle Anbieter von Online-Plattformen gilt, sowie erhebliche zusätzliche Verpflichtungen, die speziell für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Bezug auf den Schutz von Minderjährigen gelten (Artikel 34 und 35). Diese Anbieter müssen (i) alle systemischen Risiken für den Schutz von Minderjährigen und die Rechte von Kindern ermitteln, analysieren und bewerten und (ii) diese Risiken mindern. Insbesondere bezieht sich das Gesetz über digitale Dienste auf Systeme zur Altersüberprüfung als Beispiel für wirksame und gezielte Durchsetzungsmaßnahmen zum Schutz der Rechte von Kindern (Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe j). In Artikel 14 des Gesetzes über digitale Dienste werden den Anbietern von Vermittlungsdiensten auch Anforderungen an die Anwendung ihrer Nutzungsbedingungen auferlegt, die unter gebührender Berücksichtigung der Grundrechte der Nutzer (daher einschließlich der in Artikel 24 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Rechte des Kindes) zu erfüllen sind.

Die Kommission erinnert ferner daran, dass es sich bei dem Gesetz über digitale Dienste um ein horizontales Rechtsinstrument handelt, mit dem die Vorschriften für die

⁶⁾ Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1-102.

Erbringung von Vermittlungsdiensten in der Union vollständig harmonisiert werden ⁽⁷⁾. Da es sich um eine Verordnung handelt, lässt das Gesetz über digitale Dienste keine nationalen Durchführungsmaßnahmen zu. ⁽⁸⁾ Denn gemäß Artikel 288 AEUV sind Verordnungen in der gesamten Union und damit in allen Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar. Anders als bei Richtlinien sind nationale Durchführungsmaßnahmen in Bezug auf Verordnungen nicht zulässig, es sei denn, die Verordnung selbst überlässt es den Mitgliedstaaten, die erforderlichen Rechts-, Verwaltungs- und Finanzmaßnahmen zu erlassen, um die wirksame Anwendung der Bestimmungen der betreffenden Verordnung zu gewährleisten ⁽⁹⁾.

Es ist daher von wesentlicher Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten keine nationalen Rechtsvorschriften erlassen, die sich möglicherweise mit den Bestimmungen des GdD überschneiden könnten. Eine solche Überschneidung würde zu einer Fragmentierung des Binnenmarkts führen, die mit den harmonisierten Vorschriften des Gesetzes über digitale Dienste genau vermieden werden soll, und sowohl für die Anbieter von Vermittlungsdiensten als auch für die Nutzer solcher Dienste zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen.

Die Kommission stellt fest, dass der notifizierte Entwurf, soweit er das gleiche Ziel verfolgt wie das Gesetz über digitale Dienste in Bezug auf den Schutz Minderjähriger vor der Exposition gegenüber Online-Inhalten, die ihrer Entwicklung schaden, in den Bereich fällt, der bereits durch das Gesetz über digitale Dienste harmonisiert wurde. Die Kommission stellt ferner fest, dass ihre Dienststellen kürzlich eine Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und ihren Koordinatoren für digitale Dienste im konkreten Bereich der Alterssicherungssysteme für die Umsetzung der Vorschriften des Gesetzes über digitale Dienste in Bezug auf den Schutz von Minderjährigen im Internet eingeleitet haben. Diese Maßnahme baut auf bestehenden Maßnahmen auf nationaler Ebene und laufenden Initiativen, wie der EU-Brieftasche für die digitale Identität, die in der kürzlich angenommenen Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines Rahmens für eine europäische digitale Identität ⁽¹⁰⁾ enthalten ist, um eine angemessene Altersüberprüfung und Alterssicherung unter Berücksichtigung des Stands der Technik und der derzeitigen Marktpraktiken zu gewährleisten. Die im Rahmen dieser Maßnahme ermittelten bewährten Verfahren und Lösungen dürften die Grundlage für eine EU-weite Lösung zur Gewährleistung der Altersüberprüfung und Alterssicherung bilden, auf die sich Anbieter von Online-Plattformen verlassen können, um sicherzustellen, dass sie ihren Verpflichtungen aus dem Gesetz über digitale Dienste zum Schutz Minderjähriger, die auf ihre Dienste zugreifen, nachkommen.

In dieser Hinsicht erkennen die spanischen Behörden in ihrer Antwort auf das von den Kommissionsdienststellen übermittelte Ersuchen um zusätzliche Informationen die volle Harmonisierungswirkung des Gesetzes über digitale Dienste in Bezug auf die Sorgfaltspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten an und dass die Mitgliedstaaten

⁷⁾ GdD, Erwägungsgrund 9.

⁸⁾ Rechtssache 40/69, Bollmann, EU:C:1970:12, Absatz 4; Rechtssache 74/69, Krohn, EU:C:1970:58, Absätze 4 und 6; und verbundene Rechtssachen C-539/10 P und C-550/10 P, Stichting Al-Aqsa, EU:C:2012:711, Absatz 87 (zur Gefahr abweichender Definitionen nach EU-Recht und nationalem Recht).

⁹⁾ Rechtssache C-606/10, ANAFE, EU:C:2012:348, Absatz 72.

¹⁰⁾ Vorschlag der Kommission vom Europäischen Parlament am 29. Februar 2024 und vom Rat am 26. März 2024 angenommen

keine nationalen Maßnahmen ergreifen können, die sich mit dem vom Gesetz über digitale Dienste festgelegten vollständig harmonisierten Rahmen überschneiden oder diesem widersprechen. Die spanischen Behörden führen weiter aus, dass sich die Ziele des notifizierten Entwurfs in Bezug auf den Online-Schutz von Minderjährigen zwar teilweise mit denen des Gesetzes über digitale Dienste überschneiden, dass dieser Entwurf jedoch die volle Harmonisierungswirkung des Gesetzes über digitale Dienste wahrt. Die Kommission nimmt ferner die Zusage der spanischen Behörden zur Kenntnis, den notifizierten Entwurf gegebenenfalls anzupassen, um sein Zusammenspiel mit dem GdD zu klären.

Diesbezüglich haben die spanischen Behörden in ihren Antworten auf die von den Kommissionsdienststellen übermittelten Ersuchen um zusätzliche Informationen den Anwendungsbereich von Artikel 5 des notifizierten Entwurfs näher erläutert. Die Verpflichtung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Altersüberprüfungssystems gemäß Artikel 5 Absatz 2 des notifizierten Entwurfs gilt nur für den Entwickler oder Vermarkter des festgelegten Zufallsbelohnungsmechanismus, nicht aber für Anbieter von Vermittlungsdiensten im Sinne von Artikel 3 des Gesetzes über digitale Dienste.⁽¹¹⁾

Die Kommission nimmt diese Erläuterungen zur Kenntnis, fordert die spanischen Behörden jedoch auf, den Anwendungsbereich von Artikel 5 im endgültigen Wortlaut des notifizierten Entwurfs und seine Beziehung zum GdD zu präzisieren.

3.2 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Artikel 4 des notifizierten Entwurfs schreibt vor, dass digitale Endgeräte, die mit dem Internet verbunden werden können, ein Betriebssystem für die Kindersicherung enthalten, das standardmäßig aktiviert sein muss. Es ist darauf hinzuweisen, dass solche digitalen Endgeräte eine Ware im Sinne des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind. Die spanischen Behörden haben keine Informationen über in Betracht gezogene alternative Lösungen oder darüber vorgelegt, ob Lösungen zum Schutz von Kindern außerhalb von Betriebssystemen verfügbar sind, beispielsweise über Kontrollen am Gerät.

Die Kommission möchte die spanischen Behörden bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass nichtdiskriminierende Hindernisse für den Grundsatz des freien Warenverkehrs durch eine der in Artikel 36 AEUV genannten Ausnahmen oder auf der Grundlage zwingender Anforderungen, die in der Rechtsprechung des Gerichtshofs entwickelt wurden, gerechtfertigt sein müssen. Damit eine nationale Maßnahme nach Artikel 36 AEUV oder auf der Grundlage einer der in der Rechtsprechung des Gerichtshofs festgelegten zwingenden Voraussetzungen gerechtfertigt ist, muss sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen (Urteil C-390/99, Canal Satélite Digital). Die betreffende Maßnahme muss notwendig sein, um das angestrebte Ziel zu erreichen, und das Ziel darf nicht durch weniger weitreichende Verbote, Beschränkungen oder Maßnahmen mit geringeren Auswirkungen auf den Handel innerhalb der Union erreicht werden. Mit anderen Worten, die von den Mitgliedstaaten gewählten Mittel müssen sich auf das beschränken, was tatsächlich erforderlich ist, um das Ziel zu erreichen, und sie müssen proportional zu dem verfolgten Ziel sein (Urteil in der Rechtssache C-319/05, Kommission/Deutschland).

Die spanischen Behörden werden gebeten, diese Bemerkungen zu berücksichtigen.

¹¹) Diese Unterscheidung wurde von den spanischen Behörden in ihren beiden Antworten vom 18. und 25. Oktober 2024 bestätigt.

Die Kommission fordert die spanischen Behörden ferner auf, der Kommission den endgültigen Wortlaut des notifizierten Entwurfs nach seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 mitzuteilen.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission,

Stéphane Séjourné
Exekutiv-Vizepräsident